

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 69 (1975)
Heft: 6

Artikel: Rückblende auf das Schicksal der Kurden : Teil II : der Widerstandskampf unter Mulla Mustafa Barzani ; Militärdiktatur in Bagdad ; Der Kurdenkrieg ; Das Kurden-Manifest
Autor: Kremos, Helen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142471>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die höchstens 100 000 Protestanten gehören vor allem zur Lusitanisch-Episkopalen, zur Presbyterianischen und zur Methodisten-Kirche. Daneben gibt es noch eine ganze Reihe kleiner protestantischer Gruppen, so beispielsweise die «Assembly of God», verschiedene Baptisten- und Pfingstgemeinden.

Wir hatten auch Kontakte mit Katholiken. Neben der offiziellen Römisch-Katholischen Kirche, die traditionell religiös und politisch konservativ ist, trafen wir auch progressive katholische Kreise. An einer öffentlichen Abendveranstaltung in einer katholischen Kapelle Lissabons nahmen viele junge Katholiken teil, die an den aktuellen Problemen der Gegenwart sehr interessiert sind. In der nördlich gelegenen Stadt Porto hatte der methodistische Superintendent Albert Aspey unseren Besuch vorbereitet. Der römisch-katholische Bischof, Don Antonio Gomes, empfing unsere Delegation zu einem Gespräch. Dieser Kirchenfürst gilt als der liberalste der portugiesischen Hierarchie. Er bekennt sich zur Notwendigkeit, die frühere Gesellschaftsordnung zu ändern, und bejaht darum die Revolution vom 25. April 1974. Ihm schwebt das Ideal vor, das vor der Kreuzfahrerzeit in Portugal herrschte, als Christen, Juden und Moslems friedlich nebeneinander lebten. In solcher friedlicher Koexistenz sieht Bischof Gomes das Ziel, das wir heute, angesichts der Spannungen in der Welt, erstreben müssen. Er trifft sich darin ganz mit den Gedanken, die auch die CFK vertritt.

Der Besuch in Portugal hat uns wieder gezeigt, wie gut und nötig es ist, mit Menschen aus andern Ländern und Kirchen offen und ohne vorgefaßte Meinung über die großen Fragen der Gegenwart Gespräche zu führen.

Heinrich Hellstern

28. Mai 1975

Rückblende auf das Schicksal der Kurden

II.

Der Widerstandskampf unter Mulla Mustafa Barzani

Nachdem wir im letzten Heft der «Neuen Wege» das Schicksal der Kurden in der Türkei, in Persien und im Irak nach der Beendigung des Ersten Weltkrieges kurz dargestellt haben, berichten wir im folgenden eingehender über die weiteren Geschehnisse im Irak.

M u s t a f a B a r z a n i war aufgrund seiner Herkunft, seiner hervorragenden militärischen, politischen und charakterlichen Eigenschaften dazu bestimmt, Führer des Befreiungskampfes im irakischen Kurdistan zu werden. Der Barzani-Stamm stand von jeher im Freiheitskampf

der Kurden an vorderster Front. Sein Vater wurde am 1. Dezember 1914 von den Türken wegen Führung eines Kurdenaufstandes hingerichtet. Der norwegische Journalist und Schriftsteller E. Haraldsson, der sich während der Kurdenkriege der sechziger Jahre im Kampfgebiet im Irak aufgehalten hat, wo er mit Barzani zusammentraf, vermittelt in seinem Buch «Land im Aufstand .. Kurdistan» (Martari Verlag, Hamburg, 1966) ein anschauliches Bild über die Persönlichkeit Barzanis, die Partisanen, genannt Pesch Merga (die zum Tod bereiten Kämpfer) und das Land ganz allgemein. Barzani kehrte nach der Beseitigung der Mahabad-Republik im Iran, wo er als General gedient hatte, mit seinen Stammesangehörigen nach dem Irak zurück. Von der iranischen und irakischen Regierung verbannt und verfolgt, kämpfte er sich im Sommer 1947 mit fünfhundert Mann schlecht ausgerüsteter Infanterie über vierhundert Kilometer schneebedecktes Hochgebirge bis zur Sowjetunion durch, die das einzige Land war, das bereit war, ihm und seinen Soldaten politisches Asyl zu gewähren. Über ein Jahrzehnt lebte Barzani mit seinen Gefolgsleuten in der UdSSR im Exil. Nach verlässlichen Quellen hat Barzani in Rußland nicht den Grad eines «Roten Generals» erworben, wie gewisse Stimmen, vor allem aus der westlichen Welt, behaupten, sondern er verbrachte die Zeit von 1948 bis zu Stalins Tod im Gefängnis. Nach seiner Freilassung beschäftigte er sich, nach eigener Aussage, mit dem Studium von Geschichte, Volkswirtschaft und Politik. Der bekannte Nah-Ost-Kenner Arnold Hottinger, der Barzani aus persönlichen Gesprächen kennt, schreibt in seinem Buch «10 mal Nahost» (Piper Verlag, München, 1970): «Mulla Mustafa wurde von den Kommunisten als ein in der Zukunft möglicherweise nützliches Instrument behandelt. Sie haben ihn jedoch nie als einen der ihren, als einen Kommunisten, angesehen. Wer ihn kennen gelernt hat, versteht leicht warum. Er strahlt das Wesen eines hartnäckigen, konservativen, um Recht, nach den traditionellen islamischen Begriffen, zähe bemühten typischen Stammesführer aus. Er ist zweifellos viel mehr ein gläubiger Muslim als ein Kommunist».

Militärdiktatur in Bagdad

Ganz unerwartet rissen am 14. Juli 1958 arabische Nationalisten unter der Führung des Offiziers Kassem die Macht in Bagdad an sich. Die Haschemisten-Monarchie wurde gestürzt und König Feisal — wie es hieß ein Handlanger der Engländer — ermordet. Die Republik wurde ausgerufen. Die neue Regierung, die für eine selbständige arabische Politik eintrat, sagte dem Imperialismus und Kolonialismus den Kampf an, was tiefgreifende strukturelle Wandlungen nach sich zog. Der neue revolutionäre Machthaber Kassem umwarb die Kurden, da er ihre Unterstützung gegen die Anhänger Nassers in Bagdad, die

seine Herrschaft bedrohten, benötigte. Er rief Barzani und seine Kampfgenossen aus Moskau nach Bagdad zurück. Er versprach den Kurden Autonomie und Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Reichtum des Landes (Ölfelder). Anfang 1960 wurde der Demokratischen Partei Kurdistans (DPK), deren Vorsitz Barzani inne hatte, die freie politische Betätigung gestattet. Doch bald veränderte sich das politische Klima in Bagdad. Das Kassem-Regime entwickelte sich zu einer Militärdiktatur, die keine freie Meinungsäußerung, keine Opposition mehr duldete. Die kurdischen Zeitungen und Studentenorganisationen wurden verboten, den kurdischen Bauern wurde eine zehnpromzentige Erntesteuer auferlegt. Es folgten Entlassungen kurdischer Beamten und Offiziere, Massenverhaftungen und politische Morde. Der kaltgestellte Barzani zog sich mit seinen Stammesangehörigen in die Berge des Nordirak zurück. Barzani, der schon damals erkannte, daß es in einer Militärdiktatur keine Sicherheit für die Kurden geben konnte, forderte zu der Zeit in einem an Kassem gerichteten Memorandum ein Parlament mit Vertretungen aller Gruppen des irakischen Volkes. Die Antwort auf diese Forderung war die im Sommer 1961 beginnende Großoffensive der irakischen Armee gegen die Kurden.

Der Kurdenkrieg

Der nun einsetzende brutale Feldzug der verbrannten Erde, zusammen mit den Bombardierungen kurdischer Wohngebiete, durch welche Tausende wehrloser Menschen getötet und verwundet wurden, veranlaßte Barzani zu einem Protestschreiben an die UNO. Es blieb unbeantwortet. Die ruchlose Kriegführung hatte zur Folge, daß sich der Widerstandskampf zu einer Volkserhebung ausdehnte. Die in den Städten ansässigen Kurden, die das Rückgrat der «Demokratischen Partei Kurdistans» bildeten, hielten offen zu Barzani. Ein Aufruf zum Generalstreik wurde befolgt. Trotz aller waffen- und zahlenmäßigen Überlegenheit vermochte die irakische Armee weder in diesem Waffengang noch in den folgenden über ein Jahrzehnt sich hinziehenden militärischen Auseinandersetzungen das ausgedehnte und zerklüftete kurdische Bergland zu besetzen. Alle weiteren Großangriffe, welche die sich ablösenden Bagdader-Regime der sechziger Jahre lancierten, scheiterten an der Guerillataktik, an die sich Barzani und seine Befreiungskämpfer, die Pesch Merga, konsequent hielten. Sie setzten sich nie einem frontalen Angriff durch Artillerie oder Luftwaffe aus, sondern zogen sich vor den heranrückenden Truppen in ihre unzugänglichen Schlupfwinkel in den Bergen zurück. Die irakischen Truppen wurden dadurch gezwungen, sich in einzelne Gruppen aufzufächern, die eingekreist, von ihren Nachschublinien abgeschnitten, meistens

nachts von den Partisanen überfallen wurden. Die von Kassem gestartete, achtzehn Monate dauernde, aussichtslose Offensive unterhöhlte seine Machtstellung. Im blutigen Putsch vom 8. Februar 1963 wurde Kassem gestürzt und ermordet. Die nationale, sozialistische Baath-Partei (Baath: arab. Auferstehung) kam an die Macht. Diesem Coup folgte ein Waffenstillstand und eine Periode der Verhandlungen, um die Kurden zur Waffenniederlegung zu bewegen.

In der in der «National-Union kurdischer Studenten in Europa» (NUKSE) erschienenen Publikation «Kurdistan und seine Revolution» 1972 informiert der kurdische Wissenschaftler Jemal Nebez (Dr. theol., Dr. phil., Dipl. Phys.) bis in alle Einzelheiten über die langwierigen, fruchtlosen Verhandlungen, über den Zwiespalt in der Regierungspartei und in der DPK, über die vom Ausland getätigten Waffenlieferungen an den Irak. Die in den Fußnoten vermerkten Hinweise auf erschienene Zeitungsartikel stellen für sich einen Beitrag zur Dokumentation des Kurdenproblems dar.

Als die Kurden in dieser Verhandlungsrunde nicht auf die leeren Versprechungen eingingen, sandte die Baath-Regierung (unter der Führung von Aref) Barzani ein auf vierundzwanzig Stunden befristetes Ultimatum zur Waffenniederlegung. Die Kurden lehnten es ab, worauf die Baathisten einen Kopfpfeil von 14 Millionen Franken auf Barzani aussetzten und mit einem Einsatz von 60 000 Mann einen Großangriff im Norden auslösten. Gleichzeitig setzte im Gebiet der irakischen Erdölfelder (um Kirkuk und Mossul) eine rücksichtslose Arabisierung ein. Große Teile der kurdischen Bevölkerung wurden vertrieben und durch arabische Stämme ersetzt. Die irakische Armee trieb während dieser Aussiedlung Frauen und Kinder als Schild gegen die kurdischen Scharfschützen vor sich her.

Barzani reichte am 1. Januar 1965 ein Memorandum an die UNO ein, mit der Bitte eine Kommission in das kurdische Kampfgebiet zu entsenden. Es blieb unbeantwortet. Im zerstrittenen Baath-Regime kam es um diese Zeit zu einem erneuten Regierungswechsel, was zu einem Stillstand der Kampfhandlungen führte. Das ausgehandelte Waffenstillstandsabkommen garantierte den Kurden Selbstverwaltung im Kurdengebiet, wo kurz darauf eine gut funktionierende Landesregierung in Gang gebracht wurde. Im geheimen bereiteten die Militärs in Bagdad einen neuen Angriff, genannt «Anempfehlung unter Allahs Obhut» vor. Dieser hatte die «Endlösung der Kurdenfrage» zum Ziel. Nach einjähriger Waffenruhe brach der Krieg wieder aus. Er kostete die Regierung rund 3 Millionen Franken pro Tag. Er endete Mitte Mai 1966 mit einer der schwersten Niederlagen für die irakische Invasionsarmee.

Am 29. Juni 1966 wurde Barzani die Friedensregelung des 12-

Punkte-Plans angeboten, der zusätzlich zu den früheren Konzessionen, die Heimführung der 1963 zwangsweise ausgesiedelten Kurden enthielt. Am 17. Juli 1968 kam Hassan al Bakr, der Führer des linken Flügels der Baathisten durch einen Putsch an die Macht. Dieser gewandte Taktiker versuchte durch Täuschungsmanöver die Verwirklichung des 12-Punkte-Plans auf die lange Bank zu schieben, was zu einer Verhärtung der zwei Fronten und schließlich zu grausamen, sich hinziehenden Kampfhandlungen führte. Der Verlauf des Kurdenkrieges der sechziger Jahre hat gezeigt, daß jede der durch einen Umsturz an die Macht gekommene Regierung durch die Fortführung des Krieges wieder zu Fall gebracht wurde. Im Frühling 1970 schien Bagdad zu einer endgültigen Bereinigung des Kurdenkonflikts reif zu sein.

Das Kurden-Manifest

Am 11. März 1970 verkündete der irakische Präsident Hassan al Bakr das «Kurden-Manifest». Gemäß dieser Friedensregelung sollten alle bisher von den Kurden gestellten Forderungen erfüllt werden. Die wichtigsten Punkte dieser Friedensregelung beinhalten: Die Heimführung der zwangsweise ausgesiedelten kurdischen Ansässigen der erdölreichen Provinzen Kirkuk und Mossul zur Wiederherstellung der kurdischen Bevölkerungsmehrheit. Den Gebieten mit einer 51prozentigen Kurdenmehrheit wird das Recht auf Selbstverwaltung zugestanden. Die Durchführung der längst versprochenen offiziellen Volkszählung wurde auf den 26. Oktober 1970 festgesetzt. Diese war von großer Wichtigkeit, denn die Kurden fordern einen ihrer Bevölkerung angemessenen Anteil (20 Prozent) am Einkommen der Erdölquellen (Gesamtbevölkerung des Irak 10 Mio., Kurden 2 Mio.).

Die damals abgeänderte Verfassung hält fest: Das irakische Volk besteht aus zwei Hauptnationalitäten, der kurdischen und der arabischen. ... Die Verfassung gewährleistet die nationalen Rechte des kurdischen Volkes. ... Die kurdische Sprache wird im Gebiet der Kurden neben dem Arabischen als Amtssprache eingeführt. ... Das kurdische Volk wird prozentual an den legislativen Organen (gemeint ist die Zentralregierung in Bagdad) beteiligt. ... Einer der Vizepräsidenten der Republik hat Kurde zu sein.

Die Kurden haben den Posten eines Vizepräsidenten nicht akzeptiert, mit der Begründung, daß diesem Amt unter der derzeitigen Verfassung jede echte Einflußnahme fehle. Die lautstark verkündete Aufnahme der fünf auf (untergeordneten) Regierungsposten eingesetzten kurdischen Minister in das Bagdader Kabinett ist von den Kurden als praktisch bedeutungslos erachtet worden, da dieses keine Machtbefugnis hat und nie zusammentritt.

Es wurde vereinbart, daß die Übergabe der schweren Waffen erst nach der völligen Erfüllung des Abkommens zu geschehen habe.

Jemal Nebez (gegenwärtig Lehrbeauftragter für Kurdologie an der Freien Universität Berlin) nimmt im oben erwähnten Buch «Kurdistan und seine Revolution» eingehend Stellung zu den Punkten des Kurden-Manifests sowie zu den zahlreichen Faktoren, die ausschlaggebend zum Zustandekommen des Abkommens beigetragen haben. Er bezeichnet das Manifest als ein großes Ereignis in der kurdischen Geschichte, das ohne die militärische Ausdauer der kurdischen Freiheitsbewegung unter der allgemein anerkannten Führung Barzanis nie zustandegekommen wäre. Barzani gab die Erklärung ab, daß er, seine Partei und das kurdische Volk die Deklaration unterstützen und sich verpflichten, mit der Baath-Partei und der Patriotischen Regierung zusammenzuarbeiten, um das Abkommen in die Praxis umzusetzen.

(Schluß folgt.)

Helen Kremos

Änderungen im Regierungssystem der Vereinigten Staaten, wie sie ein früherer USA-General fordert

General Hugh. B. Hester, den wir unseren Lesern nicht vorzustellen brauchen, erachtet drastische Änderungen im Regierungssystem seines Landes als äußerst dringlich, wenn die USA die Welt nicht in einen dritten Weltkrieg stürzen sollen. «Was diese Nation heute benötigt, sind nicht Lobgesänge auf die Gründer Amerikas und die Weisheit, in der sie ihr Verfassungswerk aufbauten. Was nötig ist, ist vielmehr eine gründliche Untersuchung, die klar macht, in welcher Weise unser Regierungssystem verändert werden muß, damit es von jetzt an den Interessen unseres Volkes, **des ganzen Volkes**, dient.

«Meine Ausführungen sollen keineswegs die Leistungen unserer hervorragenden Ahnen herabsetzen. Sie wären die ersten gewesen zuzugeben, daß Änderungen nötig sind, wenn sich die Verhältnisse, unter denen wir leben, ändern. Man denke nur an den großen Gelehrten und Philosophen **Thomas Jefferson**. Er wußte, daß das beständige von allem der Wechsel ist und empfahl darum, daß jede neue Generation, die Änderungen einführe, die sie für nötig hält. Er war mutig genug, alle zwanzig Jahre eine Revolution zu fordern.

Ich gehe mit meinem Freund Senator Sam J. Ervin nicht einig, wenn er in einem Interview behauptete, die Watergate Affäre sei